



Projektland: PERU

Schlagzeilen: Quartal: Juli bis September 2010

Bilanz der Amtszeit von Alan García: Wirtschaftsboom versus Rechtsstaat?

Ruf einiger Politiker nach Wiedereinführung der Todesstrafe

Peru hat gewählt: Erste Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen 2010

Bilanz der bisherigen Amtszeit Alan Garcías

Die traditionelle Rede Alan Garcías an die Peruaner zum 28. Juli 2010 (Unabhängigkeitstag) enthielt zwar einige wenige selbstkritische Passagen, was die Korruptionsskandale der derzeitigen APRA-Regierung anbelangt, jedoch fehlten Vorschläge, wie zukünftig die Korruption zu bekämpfen sein könnte (Details zum Korruptionsskandal der APRA-Regierung „COFOPRI“ siehe Quartalsbericht April bis Juni 2010). Nach Umfragen schätzt die Bevölkerung derzeit das Problem der Korruptionsbekämpfung sogar dringender ein als das der Armutsbekämpfung. Wenn wir uns an die erste Amtszeit (1985-1990) des damaligen peruanischen Präsidenten Alan García erinnern, war diese auch durch Korruption, aber zusätzlich noch durch Hyperinflation und den Terrorismus gekennzeichnet. Die peruanische Wachstumsrate liegt im Juli 2010 bei traumhaften 10 % und Alan García erinnerte auch daran, dass Peru eines der wenigen Länder weltweit ist, das in den letzten 5 Jahren ein jährliches durchschnittliches Wirtschaftswachstum von über 6 % vorweisen kann. Das Wirtschaftswachstum führt auch dazu, dass derzeit nur noch 30 % der jungen Erwachsenen auswandern wollen (in früheren Jahren waren es 75 %). Auch die Armutsrate ist von 48 % auf 34 % gesunken und Alan García prognostizierte sogar für das Jahr 2021 eine weitere Senkung der Armut auf unter 10 % - wahrscheinlich träumte Alan García dabei bereits von seiner angestrebten dritten Amtszeit. Ferner führte er weitere Zukunftsvisionen seines „Plan Bicentenario“ aus, das heißt, welche weiteren Megaprojekte bis zum Jahr 2021 und der dann anstehenden „Zweihundertjahrfeier Perus“ realisiert sein könnten. Bei dieser Woge des Optimismus stellten sich viele Zuhörer gewiss die Frage, weshalb ausgerechnet die derzeitige Regierung von Alan García zu einer der am wenigsten beliebten Regierungen Lateinamerikas zählt. Auch zu Beginn seines letzten Amtsjahres ist es Alan García nicht gelungen, diesen Widerspruch zwischen den makroökonomischen positiven Daten und seiner für Lateinamerika hohen Unbeliebtheit seiner Regierung zu schmälern. Auch wenn Erfolge laut Umfragen im Gesundheits- und Bildungsbereich zu verzeichnen sind, schmälern doch die vielen sozialen Konflikte im Land eine von dem Präsidenten intendierte rein positive Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit. Die Tendenz der gezielten Diffamierung der Arbeit von Institutionen und Personen, die sich im Bereich der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des Umweltschutzes engagieren, trübt das Bild einer gut funktionierenden Demokratie. Diese in regelmäßigen Abständen stattfindenden Angriffe verdeutlichen, wie notwendig die Förderung demokratischer Strukturen in Peru weiterhin ist. Auch der Versuch einen britischen Geistlichen aufgrund seines Engagements für Indigene und im Umweltschutz im Amazonasgebiet auszuweisen, war der Imageförderung der peruanischen Regierung nicht gerade förderlich. Der Oberste Gerichtshof der Region Loreto,

die größte Amazonasregion Perus im Nordosten Perus, konnte den Ausweisungsbefehl des peruanischen Innenministeriums stoppen, so dass der Befehl suspendiert wurde. Das umweltpolitische Engagement des Geistlichen war der Regierung ein Dorn im Auge. Der Präsident der peruanischen Bischofskonferenz bekräftigte, dass die Präsenz der Kirche im Amazonasgebiet nicht neu sei und dass es auch zur Aufgabe der Geistlichen gehöre, im Rahmen der Evangelisierung, die Kultur, Gesundheit und Bildung der Bewohner des Amazonasgebietes zu fördern. Zur Bildung gehöre auch die Umweltbildung, da durch den Umweltschutz die Bewahrung der Schöpfung angestrebt werde. In der Presse wurden nach der versuchten Ausweisung des britischen Geistlichen weitere Geistliche in einer Art „schwarzen Liste“ aufgeführt, die sich für die Rechte der Armen und damit verwandte Themen einsetzten. Aufgrund der schnellen und resoluten Stellungnahme durch den Präsidenten der peruanischen Bischofskonferenz, konnten diese haltlosen Diffamierungen jedoch schnell entlarvt werden und schaden eher der derzeitigen peruanischen Regierung und deren Verständnis von Demokratie.

Wie bereits in dem letzten Quartalsbericht verdeutlicht, hat der peruanische Präsident das Gesetz zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker im Juni wieder an den Kongress zurückgegeben, um Änderungen vornehmen zu lassen. Dies lässt vermuten, dass kein rechtes Interesse seitens der peruanischen Regierung vorhanden ist, um den Dialog mit den Indigenen wieder aufzunehmen und somit deren Mitspracherecht zu respektieren. Die Judikative hat jedoch begriffen, dass auch in der Justiz der interkulturelle Dialog vorangetrieben werden muss, um zukünftig Konflikte vorzubeugen. Die Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltete am 23. Juli 2010 mit der speziell für den interkulturellen Dialog eingerichteten Schule des Justizsektors in Yurimaguas (Nordosten Perus) einen Austausch zwischen Vertretern indigener Gemeinschaften und Vertretern der staatlichen Justiz. Es wurde über Dialog- und Koordinationsmechanismen, die zum Abbau der Spannungen und Konflikte zwischen den Akteuren führen, diskutiert. Im Rahmen des interkulturellen Dialoges stehen die Interaktion und Entwicklung gemeinsamer Lösungen im Vordergrund und die Respektierung des jeweils anderen Rechtssystems und somit auch die kulturelle Vielfalt Perus. In Peru haben sich Verfahren zur Konfliktlösung etabliert, die ihre Grundlagen in traditionellen indigenen Kulturen haben. Die Möglichkeiten, Konflikte auf lokaler Ebene beizulegen, sind zahlreich. Durch diese Instanzen der kommunalen Justiz der indigenen Bevölkerung kann ein großer Teil der interpersonellen Konflikte gelöst werden, ohne den formalen Rechtsweg einschlagen zu müssen. Das Zusammenspiel der indigenen (lokalen) und der staatlichen Rechtsprechung funktioniert jedoch in der Praxis nur ungenügend. In dem Kongress bildeten die verschiedenen Vertreter indigener Gemeinschaften und Friedensrichter (jueces de paz) Arbeitsgruppen, um adäquate Lösungsvorschläge zur Koordination zwischen der staatlichen und kommunalen Justiz zu erarbeiten. Die Vorschläge wurden zum Abschluss der Veranstaltung dem peruanischen Präsidenten der Judikative, Dr. Javier Villa Stein, durch einen Vertreter der jeweiligen Gemeinschaft vorgestellt. Diese Veranstaltung stellt einen historischen Wendepunkt dar, da erstmals den Vertretern der Indigenen Gemeinschaften in Anwesenheit von Repräsentanten der staatlichen Justiz Gelegenheit gegeben wurde, ihre Vorschläge bezüglich Koordinationsmechanismen mit der staatlichen Justiz zu präsentieren. Hintergrund ist, dass bisher Vertreter des staatlichen Justizsystems nur ungenügend mit den Praktiken des Gewohnheitsrechts indigener Gemeinschaften vertraut sind bzw. Indigene auch oft diskriminiert werden.

Auch das Vorgehen der peruanischen Regierung gegen „unbequeme“ Radiosender spricht Bände: Der bekannteste Fall war die vorübergehende Schließung des Radiosenders „Die Stimme Baguas“ (La Voz de Bagua), dieser Radiosender hatte im Jahr 2009 ausführlich über die Ereignisse der gewaltsamen Ausschreitungen in Bagua berichtet. Durch die Unterstützung zahlreicher einflussreicher Institutionen wie z.B. „Consejo de la Prensa Peruana“ konnte auf den Verstoß gegen die Informations- und Meinungsfreiheit bei der

Schließung des Radiosenders verwiesen werden, so dass der vorher relativ kleine und unbekannte Sender wieder senden darf. Es gibt zahlreiche weitere Fälle, in denen Radiosender unter dem Vorwand administrativer Probleme bzw. Unregelmäßigkeiten geschlossen wurden, wenn sie kritische - bzw. für die peruanische Regierung unbequeme – Berichte sendeten.

Ruf einzelner Politiker nach der Wiedereinführung der Todesstrafe

Die peruanische Präsidentschaftskandidatin Keiko Fujimori ruft nach der Wiedereinführung der Todesstrafe. Anlass waren die Bilder eines dreijährigen Mädchens in den peruanischen Medien, das nach dem Schusswechsel eines Überfalles in Lima nun querschnittsgelähmt ist. Da im Oktober 2010 Kommunal- und Regionalwahlen stattfinden hat sich auch der derzeitige peruanische Präsident Alan García für das aufsehenerregende Thema der Todesstrafe ausgesprochen, um die zunehmende Gewaltkriminalität in seinem Land zu bekämpfen. García kritisierte das Parlament, das nicht in der Lage sei, die Gesetze zu verschärfen und nannte als Vorbild ausgerechnet China. Erst im letzten Wahlkampf der Jahre 2006 und 2007 hatte Alan García verschiedene Gesetzentwürfe eingebracht, deren Ziel es war, gewisse Tatbestände unter Todesstrafe zu stellen. Damals widersprach eine breite Front von Politikern aller Parteien sowie die katholische Kirche und Menschenrechtler, so dass diese Gesetzentwürfe zur Wiedereinführung der Todesstrafe zu Fall gebracht wurden. Der Schulterchluss zwischen APRA (sozialdemokratische Partei der derzeitigen peruanischen Regierung) und Fujimoristas ist derzeit auch im Kongress oft eine gängige Methode, um einen Mehrheitsbeschluss zu erlangen.

Glücklicherweise bleibt wenigstens der zu dieser Zeit noch amtierende Justizminister Victor García bei Verstand und verwies sachlich auf die von Peru ratifizierten internationalen Abkommen und die peruanische Konstitution, die die Todesstrafe ausschließen. Seit Inkrafttreten der Verfassung im Jahr 1993 wurden in Peru keine Todesurteile mehr verhängt. In Peru könnte die Todesstrafe nur für Landesverrat während eines Krieges angewandt werden.

Sicherlich wäre es viel wichtiger, die existierenden Probleme zu lösen, die zum Anstieg der Gewalt führen: Laut Auskunft der Vereinten Nationen hat Peru bereits im Jahr 2009 Kolumbien als Nummer 1 der Kokaproduktion abgelöst. Die in Kolumbien reduzierten Flächen des Kokaanbaus führten zu einem Anstieg des Kokaanbaus in Peru. Dies verweist darauf, dass in Lateinamerika die Drogenbekämpfung nur als regionaler Ansatz Sinn macht, da sich sonst die Kokaanbauflächen jeweils geographisch in Nachbarländer verschieben. Der Anstieg des Kokaanbaus führt zu einer verstärkten Präsenz von Drogenkartellen in Peru, so dass auch die zu dem Drogenhandel gehörenden Auftragsmorde und ein allgemeiner Anstieg der Kriminalität in Peru zu verzeichnen sind (Details zu „Präsenz von mexikanischen Drogenkartellen in Peru“ siehe Quartalsbericht Januar bis März 2009).

Ein weiterer gravierender Punkt ist die seit Jahren verschleppte Umsetzung eines funktionierenden Konzepts im Bereich „Bürgersicherheit“. Im August dieses Jahres stellte der derzeitige Innenminister Octavio Salazar im Kongress die aktuellen Entwicklungen in Peru im Bereich „Bürgersicherheit“ aufgrund der zunehmenden Kriminalität und damit der ansteigenden Unsicherheit im Land dar. Obwohl das Thema „Bürgersicherheit“ derzeit wieder an Brisanz für den Wahlkampf gewinnt, glänzte bei der Debatte um „Bürgersicherheit“ die Mehrheit der Parlamentarier durch Abwesenheit. Auch Keiko Fujimori, die zuvor noch das Thema der Wiedereinführung der Todesstrafe unter das Wahlvolk warf, war nicht zugegen. Zu Beginn der Rede des Innenministers Octavio Salazars waren noch 55 der 120 Abgeordneten präsent und beim Schluss seiner Rede waren es nur noch 26. Gemäß internationalen Standards müssten für 250 Bürger 1 Polizist eingesetzt werden, jedoch ist es in Lima trotz steigender Kriminalität für 1.696 Personen nur 1 Polizist. In wohlhabenderen

Bezirken (z.B. Miraflores, San Isidro) werden zusätzlich private Sicherheitsdienste engagiert. Auch dem Innenminister selbst wird vorgeworfen, dass er zu wenig seines Haushaltes für den Kampf gegen die Kriminalität eingesetzt habe (weniger als 20 % der zur Verfügung stehenden Mittel). Auch viele der Regionalregierungen investieren nicht in die Thematik „Bürgersicherheit“.

Gemäß einer aktuellen Studie der Katholischen Universität Perus (PUCP) stufen 91 % der Bevölkerung Limas ihre Stadt als „unsicher“ bis „extrem unsicher“ ein. Die Hanns-Seidel-Stiftung sensibilisiert Peruaner im Rahmen von Seminaren zur Thematik Bürgersicherheit: Die Bürger lernen, wie sie mit ihren Nachbarn gemeinsam der Kleinkriminalität vorbeugen können und somit lernen sie die Bedeutung der Bürgerbeteiligung im Rahmen der inneren Sicherheit kennen.

Peru hat gewählt: Erste Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen

Fakt ist, dass die Kommunal- und Regionalwahlen am 3. Oktober 2010 in Peru zu einer weiteren Erosion der traditionellen Parteienlandschaft geführt haben. Die Gewinner auf der Gemeinde- und Regionalebene sind eindeutig lokale und regionale Parteien bzw. Bewegungen. Hatten bereits bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Jahr 2006 die traditionellen Parteien herbe Verluste hinnehmen müssen, so hat die PPC (christdemokratische Partei) in 2010 bisher keine Regionalregierung gewonnen und die APRA spielt nach den jetzigen Wahlen in ihrer einstigen Bastion im Norden Perus so gut wie keine Rolle mehr. Von insgesamt 24 Regionalregierungen, wird erst in einigen Tagen nach genauer Stimmenauszählung feststehen, ob die APRA den Präsidenten der Region „La Libertad“ im Norden stellen kann oder ob sie auch dort verliert. Selbst in der historischen Hochburg der APRA in der Stadt Trujillo (Norden Perus), konnte die APRA nicht den Bürgermeister stellen. Bereits im Jahr 2006 hatte die APRA nach 40 Jahren den Sessel des Bürgermeisters in der Stadt Trujillo räumen müssen: Dies war umso bedeutungsvoller, da Trujillo der Geburtsort des Gründers der APRA, Haya de la Torre, ist und er dort auch begraben ist. Trujillo hatte stets für die APRA einen symbolischen Charakter.

Von den 25 Regionen muss in 8 Regionen in einem zweiten Wahlgang nochmals gewählt werden, da bei den Regionalwahlen keine Partei die 30 %-Grenze erreicht hat, wie es für einen Wahlsieg in dem ersten Wahlgang nach peruanischem Gesetz notwendig ist. Auffällig ist, dass die traditionellen Parteien auch in vielen Regionen erst gar nicht angetreten sind: Man könnte den Verdacht hegen, dass die traditionellen Parteien, die 2011 bei den Präsidentschaftswahlen antreten wollen, schon damit gerechnet haben, dass sie in den Kommunal- und Regionalwahlen in 2010 wenig Chancen haben, so dass sie sich erst gar nicht einer Blamage aussetzen wollten und damit ihre Chancen für das Wahljahr 2011 verschlechtern wollten. Jedoch müssen die traditionellen Parteien unbedingt aus dem Trend der Kommunal- und Regionalwahlen vom 3. Oktober 2010 lernen: Um sich für die Präsidentschaftswahlen in 2011 zu rüsten, müssen sie unbedingt mit den regionalen Parteien und Bewegungen Allianzen schließen, um nicht im Jahr 2011 bei den Präsidentschaftswahlen komplett zu scheitern. Viele Wahlforscher wundern sich jedoch gar nicht so sehr über den Ausgang der Wahlen, da ein Großteil der peruanischen Bevölkerung mittlerweile dessen überdrüssig sind, dass ihnen Kandidaten der traditionellen Parteien vorher etwas versprechen und nach ihrem Wahlsieg eine ganz andere Politik verfolgen. Auch die vielen Korruptionsskandale haben viele Wähler im Besonderen von der APRA Abstand nehmen lassen. Viele Wähler hoffen in der Provinz, dass eine regionale Partei eher die Interessen der Bevölkerung dieser Region nachvollziehen kann und sich für sie stark macht. Von den traditionellen Parteien wurden auch die Umweltthemen, die die Bevölkerung bewegen, zu wenig berücksichtigt: Die Umweltkonflikte überwiegen auf regionaler Ebene. Das jahrzehntelange Feindbild der Zentralregierung Limas ist trotz eingeleiteter Dezentralisierung so schnell nicht auszurotten. Bleibt abzuwarten, wie die Performance der regionalen Parteien sich in den nächsten Monaten und Jahren entwickelt.

Einige Analysten geben auch den Medien die Mitschuld, da sie in der Wahlkampfzeit zu wenig sachliche Informationen über die jeweiligen Parteien gesendet hätten und sich zu stark an den „Schlammschlachten“ der einzelnen Kandidaten (im Besonderen um das Bürgermeisteramt in Lima) beteiligten.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: BETTINA VON DUNGEN
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM 7. OKTOBER 2010